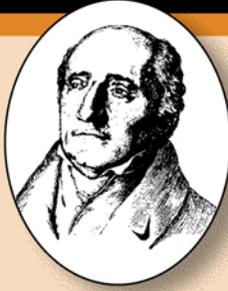


Freiherr-vom-Stein-Gedächtnisausgabe

NEUZEIT



QUELLEN ZUR
AUSSENPOLITIK DER
WEIMARER REPUBLIK
1918–1933

Herausgegeben von
Wolfgang Elz

WBG 
Wissen verbindet

AUSGEWÄHLTE QUELLEN
ZUR DEUTSCHEN GESCHICHTE DER NEUZEIT
FREIHERR-VOM-STEIN-GEDÄCHTNISAUFGABE

Begründet von
Rudolf Buchner
und fortgeführt von Winfried Baumgart

Band 32

QUELLEN ZUR
AUSSENPOLITIK DER
WEIMARER REPUBLIK
1918–1933

Herausgegeben von
WOLFGANG ELZ

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in
und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2007 by WBG (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt
Die Herausgabe des Werkes wurde durch
die Vereinsmitglieder der WBG ermöglicht.
Redaktion: Daphne Schadewaldt, Wiesbaden
Einbandgestaltung: Neil McBeath, Stuttgart
Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-darmstadt.de

ISBN 978-3-534-07560-7

ebook (PDF): ISBN 978-3-534-74457-2

INHALT

Vorwort	IX
Chronologisches Verzeichnis der Quellen	XI
Quellen- und Literaturverzeichnis	XV
Einleitung	1
Quellen	35
Personenregister	229

VORWORT

Die Außenpolitik der Weimarer Republik soll im vorliegenden Band auf vorgegebenem knappem Raum so dokumentiert werden, daß ihre großen Themen und Entwicklungen nachvollziehbar sind. Außenpolitik in einer parlamentarischen Demokratie wie der Weimarer Republik spiegelt sich dabei nicht mehr nur in den reich veröffentlichten Akten des Auswärtigen Amtes; sie steht vielmehr in einem komplexen Entstehungs- und Entscheidungszusammenhang, bei dem neben dem Außenminister und dem Außenministerium, dem Parlament und den Parteien, dem Kabinett und dem Kanzler nicht zuletzt die Wechselwirkung mit der Öffentlichkeit und „dem Wähler“ zu beachten ist. Dies muß die Auswahl der Quellen berücksichtigen, die aus einem breiteren Spektrum als lediglich aus den Akten des Auswärtigen Amtes schöpft (andererseits sich aus Platzgründen auf Politik im engeren Sinn beschränkt und etwa die gesellschaftlichen und transnationalen Beziehungen unberücksichtigt lassen muß). So ist etwa die Meinungsfindung im Kabinett durch die vorzüglich edierten Kabinettsprotokolle überprüfbar; die Wechselwirkung mit der Öffentlichkeit spiegelt sich in den Stenographischen Protokollen der Reichstagsverhandlungen und in verstreut gedruckten Presseveröffentlichungen; schließlich sind neben den amtlichen Überrestquellen auch private und Traditionsquellen zu berücksichtigen, die oft weit mehr Atmosphäre überliefern als die Akten; dabei gilt als selbstverständlich, daß die Texte aus der Erinnerungsliteratur nach den für Historiker gängigen Regeln der Quelleninterpretation anders gelesen werden müssen als die oft ebenfalls veröffentlicht vorliegenden Parallelüberlieferungen aus den Akten. Auf die Aufnahme von Dokumenten der in großem Umfang edierten verschiedenen ausländischen Provenienzen mußte dagegen verzichtet werden, weil sonst jede vorgegebene enge Umfangsbegrenzung noch viel schwerer einzuhalten wäre; eine Ausnahme wurde lediglich beim Tagebuch des britischen Botschafters in Berlin, Lord D'Abernon, gemacht, weil hier an einigen Schlüsselstellen der beste Einblick in die Entscheidungsfindung in Berlin geboten wird.

Die ausgewählten Dokumente werden in ihrer Reihung nach dem zweckmäßigsten Kriterium präsentiert, nämlich in einer rein chronologischen Abfolge. Auf eine Kommentierung der wiedergegebenen Quellentexte wird – nicht zuletzt aus Gründen des Umfangs – weitgehend verzichtet; zu den beteiligten und erwähnten Personen liefert das Register die notwendigen Angaben. Dagegen werden in der Einleitung – ohne Anspruch

auf Vollständigkeit – Verweise auf die aufgenommenen Dokumente sowie in den Anmerkungen Hinweise auf weitere veröffentlichte Quellen geboten; letztere sollen dem Leser die Möglichkeit bieten, über die abgedruckten Texte hinaus in der Regel leicht greifbare Quellen zu den angesprochenen Fragen der Außenpolitik ergänzend heranzuziehen. Die Wiedergabe folgt durchweg der jeweils genannten Druckvorlage, ohne – etwa bei der manchmal fehlerhaften Zeichensetzung – im Text zu korrigieren. Lediglich ganz offensichtliche Druckfehler wurden in den wenigen auftretenden Fällen stillschweigend verbessert. Meist war es unverzichtbar, innerhalb der einzelnen Dokumente zu kürzen; dies ist stets durch eckige Klammern kenntlich gemacht. Auslassungspunkte ohne diese Klammern entstammen der Vorlage. Gelegentlich waren allerdings auch eckige Klammern der Druckvorlage zu berücksichtigen. Kursive Auszeichnungen in der Vorlage wurden als solche übernommen; alle übrigen Auszeichnungen sind durch Sperrsatz wiedergegeben. Die wenigen nicht gebräuchlichen oder aus dem Zusammenhang nicht evidenten Abkürzungen wurden in eckigen Klammern aufgelöst.

Mein Dank gilt Herausgeber und Verlag für das geduldige Abwarten und vor allem meiner Frau Hildegard und meinen Kindern Katharina und Johannes, die wieder einmal für einige Monate den Mittelpunkt meines Interesses mit einem Buchprojekt teilen mußten.

Mainz, im Oktober 2006

CHRONOLOGISCHES VERZEICHNIS DER QUELLEN

1. Wahlaufruf der Deutschen Demokratischen Partei, 14. Dezember 1918	37
2. Leitsätze für die Politik der Zentrumspartei, 30. Dezember 1918	38
3. Regierungserklärung Scheidemanns in der Nationalversammlung, 13. Februar 1919	39
4. Amtliche Meldung von Wolffs Telegraphenbüro, 26. März 1919	39
5. Aufzeichnung Zitelmanns, 7. Juli 1919	40
6. Telegraphischer Erlaß Müllers an das Konsulat in Innsbruck, 4. September 1919	41
7. Aufzeichnung Müllers, 16. Februar 1920	42
8. Tagebucheintragung Kochs, 3. April 1920	43
9. Aufzeichnung Maltzans, 16. April 1920	44
10. Erinnerungen Bonns [10.–16. Juli 1920]	45
11. Bericht Dufour-Feronce' an das Auswärtige Amt, 19. September 1920	47
12. Schreiben Simons' an Kilmarnock, 28. Dezember 1920	48
13. Telegraphischer Runderlaß Haniels, 7. März 1921	49
14. Telegraphischer Runderlaß Behrendts, 25. März 1921	50
15. Aufzeichnung Brockdorff-Rantzaus, 25. April 1921	51
16. Bericht Dirksens an das Auswärtige Amt, 12. Juli 1921	52
17. Telegraphischer Erlaß Rosens an die Botschaft in London, 6. August 1921	54
18. Erinnerungen Rosens [September/Oktober 1921]	55
19. Aufzeichnung Meyers, 12. Oktober 1921	58
20. Erinnerungen Blüchers [Ende 1921 – Anfang 1922]	59
21. Regierungserklärung Wirths, 28. März 1922	62
22. Erinnerungen Blüchers [10. April – 19. Mai 1922]	63
23. Privatbrief Weizsäckers an seine Eltern, 23. Mai 1922	67
24. Telegraphischer Erlaß Cunos an die Botschaft in Washington, 13. Dezember 1922	67
25. Privatdienstschreiben Maltzans an Brockdorff-Rantzau, 15. Dezember 1922	69
26. Die Reichstagsdebatte vom 13. Januar 1923	70
a) Regierungserklärung Cunos	70
b) Die Rede Müllers	72
c) Die Rede Graefes	72
27. Reichstagsrede Helfferichs, 26. Januar 1923	73
28. Erinnerungen Gesslers [Februar – Juni 1923]	74
29. Bericht Brockdorff-Rantzaus an das Auswärtige Amt, 7. Mai 1923	75
30. Schreiben Schuberts an Kessler, 11. Juni 1923	77
31. Telegraphischer Bericht der Botschaft in London an das Auswärtige Amt, 2. August 1923	78

32. Rede Stresemanns in Stuttgart vor Pressevertretern, 2. September 1923	79
33. Privatdienstschreiben Schuberts an Hoesch, 12. September 1923	81
34. Aufzeichnung Maltzans, 1. November 1923	82
35. Telegraphischer Erlaß Stresemanns an die Botschaft in Paris, 12. Dezember 1923	82
36. Aufzeichnung Brockdorff-Rantzaus, 4. Februar 1924	84
37. Reichstagsrede Stresemanns, 6. März 1924	87
38. Protokoll einer Ministerbesprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder, 14. April 1924	89
39. Aufzeichnung Maltzans, 7. Juni 1924	91
40. Erinnerungen Schmidts [11.–16. August 1924]	92
41. Erklärung der Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei, 30. August 1924	95
42. Telegraphischer Erlaß Stresemanns an die Botschaft in Washington, 17. November 1924	96
43. Bericht Sthamers an das Auswärtige Amt, 11. Dezember 1924	97
44. Aufzeichnung Schuberts, 29. Dezember 1924	99
45. Telegraphischer Runderlaß Stresemanns, 6. Januar 1925	100
46. Tagebucheintragen D'Abernons, 21. u. 23. Januar 1925	100
47. Aufzeichnung Stresemanns, 26. Februar 1925	102
48. Telegraphischer Erlaß Schuberts an Sthamer, 18. März 1925	102
49. Erinnerungen Hilgers [Sommer 1924 – Sommer 1925]	103
50. Privatdienstschreiben Stresemanns an Maltzan, 7. April 1925	104
51. Telegraphischer Bericht Hoeschs an das Auswärtige Amt, 18. April 1925	105
52. Tagebucheintragung Stresemanns, 26. Juni 1925	107
53. Schreiben Stresemanns an den ehemaligen Kronprinzen Wilhelm, 7. September 1925	108
54. Aufzeichnung Stresemanns, 30. September 1925	110
55. Erinnerungen Schmidts [26. September – 15. Oktober 1925]	113
56. Rundfunkrede Stresemanns, 3. November 1925	121
57. Tagebucheintragung Stresemanns [1. Dezember 1925]	124
58. Rede Stresemanns vor der Arbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften, 14. Dezember 1925	125
59. Tagebucheintragung D'Abernons, 3. Februar 1926	126
60. Rede Stresemanns auf einem Studentenkommers in Köln, 20. Februar 1926	127
61. Denkschrift Stülpnagels [6. März 1926]	128
62. Tagebucheintragen D'Abernons, 5.–27. März 1926	130
63. Stresemann an die Botschaft in London, 19. April 1926	134
64. Aufzeichnung Schuberts, 28. April 1926	136
65. Rede Stresemanns vor der Auslandspresse, 28. Juni 1926	137
66. Aufzeichnung Pünders, 30. Juni 1926	138
67. Aufzeichnung Pünders, 11. September 1926	139
68. Protokoll Plancks einer Ministerbesprechung, 24. September 1926	140
69. Reichstagsrede Stresemanns, 23. November 1926	142
70. Reichstagsrede Scheidemanns, 16. Dezember 1926	143
71. Offizielle deutsche Presseerklärung, 11. Januar 1927	146

72. Protokoll Plancks einer Kabinettsitzung, 9. März 1927	147
73. Aufzeichnung Stresemanns, 7. April 1927	148
74. Privatbrief Weizsäckers an seine Mutter, 15. Mai 1927	150
75. Tagebucheintragungen Stockhausens, 16.–21. Juni 1927	151
76. Protokoll einer Ministerbesprechung, 30. August 1927	151
77. Privatdienstschreiben Stresemanns an Marx, 21. September 1927	153
78. Protokoll Plancks einer Ministerbesprechung, 8. Oktober 1927	154
79. Erinnerungen Schmidts [5. März 1928]	155
80. Aufzeichnung Stresemanns, 21. März 1928	157
81. Protokoll einer Kabinettsitzung, 27. April 1928	158
82. Botschaft des „Stahlhelm“ auf dem 9. Reichsfrontsoldatentag, 3. Juni 1928	159
83. Regierungserklärung Müllers, 3. Juli 1928	160
84. Protokoll einer Kabinettsitzung, 22. August 1928	163
85. Erinnerungen Schmidts [25. August – 17. September 1928]	165
86. Privatbrief Weizsäckers an seine Mutter, 17. Dezember 1928	172
87. Zeitungartikel Goebbels' im „Angriff“, 31. Dezember 1928	173
88. Schreiben Stresemanns an Kahl, 13. März 1929	174
89. Protokoll einer Ministerbesprechung, 12. April 1929	176
90. Runderlaß des Auswärtigen Amtes, 17. Mai 1929	177
91. Schreiben Müllers an Schacht, 18. Mai 1929	178
92. Erinnerungen Schmidts [10.–19. Juni 1929]	179
93. Kundgebung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, 28. Juni 1929	180
94. Privatbrief Weizsäckers an seine Mutter, 11. August 1929	181
95. Erinnerungen Schmidts [6. August – 6. Oktober 1929]	182
96. Autorisierte Niederschrift Wolffs über eine Unterredung mit Stresemann, 11. September 1929	186
97. Privatbrief Weizsäckers an seine Mutter, 20. Oktober 1929	187
98. Reichstagsrede Curtius', 29. November 1929	189
99. Privatbrief Weizsäckers an seine Mutter, 16. März 1930	190
100. Regierungserklärung Brünings, 1. April 1930	190
101. Erinnerungen Hilgers [Frühjahr 1930]	191
102. Reichstagsrede Curtius', 25. Juni 1930	193
103. Protokoll einer Ministerbesprechung, 8. Juli 1930	195
104. Erinnerungen Curtius' [10.–16. August 1930]	197
105. Erinnerungen Curtius' [8.–16. September 1930]	198
106. Regierungserklärung Brünings, 16. Oktober 1930	199
107. Antrag der Reichstagsfraktion der NSDAP, 16. Oktober 1930	200
108. Privatbrief Weizsäckers an seine Mutter, 26. Dezember 1930	201
109. Reichstagsrede Brünings, 5. Februar 1931	202
110. Rede Groeners im Haushaltsausschuß des Reichstags, 9. März 1931	203
111. Protokoll einer Ministerbesprechung, 16. März 1931	204
112. Privatbriefe Weizsäckers an seine Mutter, 21. März u. 4. Mai 1931	206
113. Erinnerungen Curtius' [5.–10. Juni 1931]	207
114. Erinnerungen Brünings [9.–23. Juli 1931]	208

115. Regierungserklärung Brünings, 13. Oktober 1931	209
116. Aufzeichnung Bülow's, 27. Oktober 1931	211
117. Privatdienstschreiben Brünings an Neurath, 15. Dezember 1931	212
118. Tagebucheintragungen Pünders, 7. u. 11. Januar 1932	213
119. Protokoll einer Ministerbesprechung, 15. Januar 1932	214
120. Bericht Hoeschs an das Auswärtige Amt, 22. Januar 1932	215
121. Protokoll einer Chefbesprechung, 7. März 1932	217
122. Kundgebung der Regierung Papen, 4. Juni 1932	218
123. Erinnerungen Papens [20.–28. Juni 1932]	219
124. Erinnerungen Schmidts [Anfang Juli 1932]	222
125. Protokoll einer Ministerbesprechung, 12. September 1932	225
126. Protokoll einer Ministerbesprechung, 14. Dezember 1932	225
127. Aufzeichnung Plancks, 6. Januar 1933	227

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

ADAP: s. Akten zur deutschen auswärtigen Politik

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften v. Karl Dietrich Erdmann, für das Bundesarchiv v. Wolfgang Mommsen [...] [teilweise v. Hans Booms]. Boppard a. Rh.

Das Kabinett Bauer. 21. Juni 1919 bis 27. März 1920. Bearb. v. Anton Golecki. 1980

Das Kabinett Müller I. 27. März bis 21. Juni 1920. Bearb. v. Martin Vogt. 1971

Die Kabinette Wirth I und II. 10. Mai 1921 bis 26. Oktober 1921. 26. Oktober 1921 bis 22. November 1922. Bearb. v. Ingrid Schulze-Bidlingmaier. Bd. 2. April 1922 bis November 1922. Dokumente Nr. 237 bis 409. 1973

Die Kabinette Stresemann I u. II. 13. August bis 6. Oktober 1923. 6. Oktober bis 30. November 1923. Bearb. v. Karl Dietrich Erdmann u. Martin Vogt. Bd. 1. 13. August bis 6. Oktober 1923. Dokumente Nr. 1 bis 114. 1978

Die Kabinette Marx I und II. 30. November 1923 bis 3. Juni 1924. 3. Juni 1924 bis 15. Januar 1925. Bearb. v. Günter Abramowski. Bd. 1. November 1923 bis Juni 1924. Dokumente Nr. 1 bis 213. 1973. – Bd. 2. Juni 1924 bis Januar 1925. Dokumente Nr. 214 bis 388. Anhang Nr. 1 bis 11. 1973

Die Kabinette Luther I und II. 14. Januar 1925 bis 20. Januar 1926. 20. Januar 1926 bis 17. Mai 1926. Bearb. v. Karl-Heinz Minuth. Bd. 1. Januar 1925 bis Oktober 1925. Dokumente Nr. 1 bis 170. 1977. – Bd. 2. Oktober 1925 bis Mai 1926. Dokumente Nr. 171 bis 365. 1977

Die Kabinette Marx III und IV. 17. Mai 1926 bis 29. Januar 1927. 29. Januar 1927 bis 29. Juni 1928. Bearb. v. Günter Abramowski. Bd. 1. Mai 1926 bis Mai 1927. Dokumente Nr. 1 bis 242. 1988. – Bd. 2. Juni 1927 bis Juni 1928. Dokumente Nr. 243 bis 476. 1988

Das Kabinett Müller II. 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearb. v. Martin Vogt. Bd. 1. Juni 1928 bis Juli 1929. Dokumente Nr. 1 bis 256. 1970

Die Kabinette Brüning I u. II. 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931. 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932. Bearb. v. Tilman Koops. Bd. 1. 30. März 1930 bis 28. Februar 1931. Dokumente Nr. 1 bis 252. 1982. – Bd. 2. 1. März 1931 bis 10. Oktober 1931. Dokumente Nr. 153 bis 514. 1982. – Bd. 3. 10. Oktober 1931 bis 30. Mai 1932. Dokumente Nr. 515 bis 774. 1990

Das Kabinett von Papen. 1. Juni bis 3. Dezember 1932. Bearb. v. Karl-Heinz Minuth. Bd. 2. September bis Dezember 1932. Dokumente Nr. 130 bis 240. 1989

Das Kabinett von Schleicher. 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933. Bearb. v. Anton Golecki. 1986

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes. Serie A. 1918–1925. Göttingen

- Bd. 1. 9. November 1918 bis 5. Mai 1919. 1982
 Bd. 2. 7. Mai bis 31. Dezember 1919. 1984
 Bd. 3. 1. Januar bis 30. September 1920. 1985
 Bd. 4. 1. Oktober 1920 bis 30. April 1921. 1986
 Bd. 5. 1. Mai 1921 bis 28. Februar 1922. 1987
 Bd. 6. 1. März bis 31. Dezember 1922. 1988
 Bd. 7. 1. Januar bis 31. Mai 1923. 1989
 Bd. 8. 1. Juni bis 15. November 1923. 1990
 Bd. 9. 16. November 1923 bis 6. April 1924. 1991
 Bd. 10. 7. April bis 4. August 1924. 1992
 Bd. 11. 5. August bis 31. Dezember 1924. 1993
 Bd. 12. 1. Januar bis 25. April 1925. 1994
- Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes. Serie B. 1925–1933. Göttingen
- Bd. 1,1. Dezember 1925 bis Juli 1926. Deutschlands Beziehungen zu Frankreich, Großbritannien, Belgien sowie deutsche Entwaffnung, Reparationen, Völkerbund und internationale Abrüstung. 1966
 Bd. 1,2. August bis Dezember 1926. Deutschlands Beziehungen zu Frankreich, Großbritannien, Belgien sowie deutsche Entwaffnung, Reparationen, Völkerbund und internationale Abrüstung. 1968
 Bd. 2,1. Dezember 1925 bis Juni 1926. Deutschlands Beziehungen zur Sowjet-Union, zu Polen, Danzig und den baltischen Staaten. 1967
 Bd. 4. 1. Januar bis 16. März 1927. 1970
 Bd. 6. 1. Juli bis 30. September 1927. 1974
 Bd. 7. 1. Oktober bis 31. Dezember 1927. 1974
 Bd. 11. 1. Januar bis 31. Mai 1929. 1978
 Bd. 15. 1. Mai bis 30. September 1930. 1980
 Bd. 19. 16. Oktober 1931 bis 29. Februar 1932. 1983
 Bd. 20. 1. März bis 15. August 1932. 1983
- Bernhard, Henry: Gustav Stresemann. Tatsachen und Legenden. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“. B 41/59 (7. Oktober 1959), S. 529–546
- Blücher, Wipert von: Deutschlands Weg nach Rapallo. Erinnerungen eines Mannes aus dem zweiten Gliede. Wiesbaden 1951
- Brockdorff-Rantzau, [Ulrich] Graf [von]: Dokumente und Gedanken um Versailles. 3., wesentl. erw. u. verm. Aufl. Berlin 1925 [1. Aufl. u. d. T.: Dokumente. Charlottenburg 1920]
- Brüning, Heinrich: Memoiren 1918–1934. Stuttgart 1970
- Curtius, Julius: Sechs Jahre Minister der deutschen Republik. Heidelberg 1948
- D’Abernon, [Sir Edgar Vincent,] Viscount: Ein Botschafter der Zeitwende. Memoiren. Bd. 1–3. Leipzig
 Bd. 1. Von Spa (1920) bis Rapallo (1922). [1929]
 Bd. 3. Locarno (1924–1926). [1930]
- Deutsche Nationalversammlung, Die – im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates. Hrsg. v. Ed[uard] Heilfron. Bd. 1. Berlin [1919]
- Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Hrsg. v. Ernst Rudolf Huber.

- Bd. 4. Deutsche Verfassungsdokumente 1919–1933. 3., neubearb. Aufl. Stuttgart [u. a.] 1991
- Erdmann, Karl Dietrich: Ost- oder Westorientierung in der Locarno-Politik Stresemanns. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 6 (1955), S. 133–162
- Gessler, Otto: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. v. Kurt Sendtner. Stuttgart 1958
- Goebbels, Joseph: *Wetterleuchten. Aufsätze aus der Kampfzeit.* („Der Angriff“, 2. Bd.) Hrsg. v. Georg-Wilhelm Müller. 3. Aufl. München 1939
- Hilger, Gustav: *Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten.* Frankfurt a. M. [u. a.] 1964 = Athenäum Paperback [deutsche Erstausg. 1955]
- Höltje, Christian: *Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919–1934. Revision oder Garantie der deutschen Ostgrenze von 1919.* Würzburg 1958 = *Marburger Ostforschungen*, 8
- Papen, Franz von: *Der Wahrheit eine Gasse.* München 1952
- Pünder, Hermann: *Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932.* Hrsg. v. Thilo Vogelsang. Stuttgart 1961 = *Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 3
- Quellen zum Friedensschluß von Versailles. Hrsg. v. Klaus Schwabe. Unter Mitarb. v. Tilman Stieve u. Albert Diegmann. Darmstadt 1997 = *Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit; Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe*, Bd. 30
- Rosen, Friedrich: *Aus einem diplomatischen Wanderleben.* Bd. 3/4. Aus dem Nachlaß hrsg. v. Herbert Müller Werth. Wiesbaden 1959
- Scheidemann, Philipp: *Der Zusammenbruch.* Berlin 1921
- Schmidt, Paul [Otto]: *Statist auf diplomatischer Bühne 1923–45. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas.* 12. Aufl. Wiesbaden 1983 [Erstausg. Bonn 1949]
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge. Hrsg. v. Wilhelm Stahl [ab 62. Jg. 1920: v. Ulrich Thürauf]. München
60. [N. F. 35.] Jg. 1919. Teil 1. 1923
62. [N. F. 37.] Jg. 1921. Teil 2. 1926
68. [N. F. 43.] Jg. 1927. 1928
72. [N. F. 47.] Jg. 1931. 1932
- Stockhausen, Max von: *Sechs Jahre Reichskanzlei. Von Rapallo bis Locarno. Erinnerungen und Tagebuchnotizen 1922–1927.* Bearb. u. hrsg. v. Walter Görlitz. Bonn 1954
- Stresemann, Gustav: *Reden und Schriften. Politik, Geschichte, Literatur.* 1897–1926. Bd. 2. Dresden 1926
- Stresemann, Gustav: *Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden.* Hrsg. v. Henry Bernhard [...]. Berlin
- Bd. 1. *Vom Ruhrkrieg bis London.* 1932
- Bd. 2. *Locarno und Genf.* 1932
- Bd. 3. *Von Thoiry bis zum Ausklang.* 1933
- Thimme, Annelise: *Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik.* Hannover [u. a.] 1957
- Ursachen und Folgen. *Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatli-*

- chen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Sonderausgabe für die Staats- und Kommunalbehörden sowie für Schulen und Bibliotheken. Hrsg. u. bearb. v. Herbert Michaelis u. Ernst Schraepfer unter Mitw. v. Günter Scheel. Berlin
- Bd. 3. Der Weg in die Weimarer Republik. [1959]
- Bd. 4. Die Weimarer Republik. Vertragserfüllung und innere Bedrohung 1921/1922. 1960
- Bd. 5. Die Weimarer Republik. Das kritische Jahr 1923. [1960]
- Bd. 6. Die Weimarer Republik. Die Wende der Nachkriegspolitik 1924–1928. Rapallo – Dawesplan – Genf. [1960]
- Bd. 7. Die Weimarer Republik. Vom Kellogg-Pakt zur Weltwirtschaftskrise 1928–30. Die innerpolitische Entwicklung. 1962
- Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte. Bd. 326. Von der 1. Sitzung am 6. Februar 1919 bis zur 26. Sitzung am 12. März 1919. Berlin
- Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. Berlin
- I. Wahlperiode 1920. Bd. 349. Von der 90. Sitzung am 19. März 1921 bis zur 115. Sitzung am 16. Juni 1921. 1921
- I. Wahlperiode 1920. Bd. 353. Von der 173. Sitzung am 18. Februar 1922 bis zur 196. Sitzung am 28. März 1922. 1922
- I. Wahlperiode 1920. Bd. 357. Von der 257. Sitzung am 17. Oktober 1922 bis zur 290. Sitzung am 25. Januar 1923. 1923
- I. Wahlperiode 1920. Bd. 358. Von der 291. Sitzung am 26. Januar 1923 bis zur 322. Sitzung am 20. März 1923. 1923
- I. Wahlperiode 1920. Bd. 361. Von der 378. Sitzung am 8. August 1923 bis zur 411. Sitzung am 13. März 1924. 1924
- III. Wahlperiode 1924. Bd. 391. Von der 225. Sitzung am 3. November 1926 bis zur 264. Sitzung am 5. Februar 1927. 1927
- IV. Wahlperiode 1928. Bd. 423. Von der 1. Sitzung am 13. Juni 1928 bis zur 40. Sitzung am 4. Februar 1929. 1929
- IV. Wahlperiode 1928. Bd. 426. Von der 99. Sitzung am 30. September 1929 bis zur 134. Sitzung am 28. Februar 1930. 1930
- IV. Wahlperiode 1928. Bd. 427. Von der 135. Sitzung am 6. März 1930 bis zur 168. Sitzung am 20. Mai 1930. 1930
- IV. Wahlperiode 1928. Bd. 428. Von der 169. Sitzung am 21. Mai 1930 bis zur 204. Sitzung am 18. Juli 1930. 1930
- V. Wahlperiode 1930. Bd. 444. Von der 1. Sitzung am 13. Oktober 1930 bis zur 26. Sitzung am 14. Februar 1931. 1931
- V. Wahlperiode 1930. Bd. 446. Von der 53. Sitzung am 13. Oktober 1931 bis zur 64. Sitzung am 12. Mai 1932. 1932
- V. Wahlperiode 1930. Bd. 448. Anlagen Nr. 1 bis 400. 1932
- Weizsäcker-Papiere 1900–1932, Die –. Hrsg. v. Leonidas E. Hill. Berlin [u. a.] 1982

EINLEITUNG

„Am Anfang war der Versailler Vertrag“, könnte man für die Außenpolitik der Weimarer Republik formulieren – und der Friedensschluß am Ende des Ersten Weltkriegs war nicht nur der Ausgangspunkt: Die deutsche Außenpolitik der Jahre 1919–1933 war in der Sache ganz überwiegend auf die Revision dieses Versailler Vertrags gerichtet. Zu sehr hatte der Friedensvertrag das Selbstverständnis der deutschen Bevölkerung wie der deutschen Politiker getroffen, und man war daher nicht bereit, auch nur einen seiner wesentlichen Teile bestehenzulassen.

Zwar gilt heute als Allgemeingut der historischen Kenntnis, daß diese deutsche Wahrnehmung des Vertrags nur die eine Seite der Medaille war, wogegen die andere Seite, die Sicht der Siegermächte auf den Vertrag und insbesondere der Kompromißcharakter dieses Vertragswerks im Hinblick auf ganz unterschiedliche Interessen eben dieser Sieger, in Deutschland kaum berücksichtigt wurde.¹ Es wäre dennoch anachronistisch, diese tiefgreifende Verletzung in Deutschland einfach zu negieren; insbesondere würde man sich damit den Weg verstellen, die Außenpolitik der Weimarer Republik – und manche ihrer innenpolitischen Wechselwirkungen – zu verstehen. Zu massiv trafen Kriegsniederlage, gleichzeitiger innerer Umsturz und Friedensvertrag auf eine wenig vorbereitete Politikergruppe und eine propagandistisch über Jahre hinweg auf einen ganz anderen Kriegsausgang hin bearbeitete Bevölkerung, als daß dieser in mancher Hinsicht neuartige Friedensschluß nach einem in jeder Hinsicht neuartigen, grausamen und auf allen Seiten äußerst entbehrungs- und verlustreichen Krieg in seinen wesentlichen Teilen auch nur auf ein Mindestmaß an Verständnis bei den Unterlegenen hätte zählen können.²

¹ Die Entstehung des Versailler Vertrags ist in dieser Reihe durch einen eigenen Band dokumentiert (Quellen zum Friedensschluß von Versailles [die in den Anmerkungen und Quellenangaben stets nur abgekürzt wiedergegebenen Titel sind mit dem Quellen- und Literaturverzeichnis aufzulösen]); sie muß also im folgenden und im Quellenteil nur im unverzichtbaren Maß berücksichtigt werden.

² Der Diplomat und Beamte im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, der als Repräsentant der national-konservativen Diplomatie und Beamtenschaft gelten kann und aus dessen Tagebuch und Briefen einiges im vorliegenden Band aufgenommen wurde, kann mit seiner Tagebucheintragung vom 9. November 1918, in der er bereits den Waffenstillstand und die Revolution vom November 1918 mit dunklen Zukunfts-

Wesentliche Teile betrafen natürlich in erster Linie die Gebietsabtretungen: die Rückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich; die auf 15 Jahre angesetzte Übertragung des Saargebiets an den Völkerbund, der Frankreich die dortigen Kohlebergwerke ausbeuten ließ; die Abtretung des kleinen, weitgehend deutschsprachigen Industriegebiets um Eupen und Malmedy, das nach einer nicht zweifelsfreien Volksabstimmung an Belgien ging; der Verlust von Nordschleswig nach einer Abstimmung der Bevölkerung; und – aus deutscher Sicht – am schlimmsten: die großen Abtretungen in Westpreußen und von ganz Posen an das neuentstandene Polen, die eine umfangreiche deutsche Minderheit in dem neuen Staat schufen und zusammen mit der Kreierung der „Freien Stadt Danzig“ (die unter Völkerbundsaufsicht stand und wo Polen ebenfalls Sonderrechte eingeräumt wurden) Ostpreußen durch den „Korridor“ räumlich vom Rest des Reiches trennten. Hinzu kamen als weitere Folgen des Versailler Vertrags die Territorialverluste in Oberschlesien, wo der Oberste Rat der Siegermächte 1921 auf Vorschlag des Völkerbundes hin einen Teil – und zwar den wirtschaftlich bedeutendsten – an Polen übertrug; im Memelland, das auf Umwegen 1923/24 an Litauen fiel, und im winzigen Hultschiner Ländchen, das an die Tschechoslowakische Republik ging. Im weiteren Sinne unter die Territorialbestimmungen fielen auch das Anschlußverbot für die Republik Österreich, den kleinen Rest des vormaligen Habsburgerreiches, und – territorial am umfangreichsten, wirtschaftlich fast am unbedeutendsten, weil zuvor stets ein Zuschußgeschäft – der Verlust sämtlicher Kolonien in Afrika, Asien und Ozeanien; sie gelangten als Mandate des Völkerbunds an die Siegermächte.

Eine empfindliche Einschränkung der Souveränität bedeutete auch die Rheinlandbesetzung. Gestaffelt in drei Zonen von Nord nach Süd, unterwarf sie das linksrheinische Gebiet und drei ausgedehnte rechtsrheinische Brückenköpfe bei Köln, Koblenz und Mainz der militärischen Besetzung der Siegermächte; die Zonen sollten bei künftigem deutschem Wohlverhalten und penibler Vertragserfüllung nach 5 bzw. 10 und 15 Jahren geräumt werden. Die Rheinlandbesetzung war vor allem von Frankreich in die Verhandlungen eingebracht worden. Sie sollte ein Pfand bilden und ein militärisches Glacis schaffen und stand in Verbindung mit weiteren militärischen Bestimmungen: Das linksrheinische Gebiet und ein Streifen 50 Kilometer östlich des Rheins mußten entmilitarisiert werden; hier durfte sich also kein deutscher Soldat aufhalten, und keine deutsche Festung durfte unterhalten werden. Aber das war nur ein Teil der militärischen Beschränkungen: Als Heer waren nur 100 000 Mann erlaubt, und zwar langdienende Soldaten

erwartungen verknüpfte (Weizsäcker-Papiere, S. 317), wie in seinen weiteren aufgenommenen Äußerungen durch die Jahre 1918–1933 hindurch als beispielhaft für dieses Unverständnis und die daraus folgenden Verhaltensmuster gelten.

(was den Verzicht auf die Ausbildung von Reservisten bedeutete), die zudem nicht mit schweren Waffen ausgerüstet sein durften; die Kriegsflotte war bis auf geringe Einheiten an die Sieger auszuliefern; die modernen Waffengattungen des Weltkriegs – Panzer, U-Boote und Luftwaffe – wurden Deutschland verboten. Im Ergebnis war Deutschland nach diesem Vertrag auf jeden Fall angriffsunfähig, und selbst im Verteidigungsfall wäre es für seine nun militärisch viel stärkeren Nachbarn Frankreich und Polen kein ernsthafter Gegner gewesen.

Besonders gravierend war aus deutscher Sicht noch der Artikel 231, der Deutschland und seinen Verbündeten die alleinige Schuld am Kriegsausbruch zwies; dagegen erhoben sich bereits zur Zeit der Entstehung des Vertrags die heftigsten Widersprüche (Nr. 4)³, und über die gesamte Dauer der Weimarer Republik wurde von einer übergroßen Mehrheit in Politik und Bevölkerung wieder und wieder seine Aufhebung gefordert. Zwar war dieser „Kriegsschuldartikel“ von seiten der Alliierten in erster Linie als juristische Legitimation gedacht für die vorerst abstrakte Forderung nach allumfassender Kriegskostenentschädigung durch Deutschland. In dem besiegten Land wurde er aber vor allem als moralische Verurteilung aufgefaßt, und über die gesamten Jahre der Republik gab es immer wieder Initiativen und Bemühungen verschiedenster Art, ihn in Frage zu stellen oder gar auszuhebeln (Nr. 55, Nr. 93);⁴ mit der Zeit wuchs allerdings auch hier die Erkenntnis, daß die Aushöhlung des Kriegsschuldartikels die gesamte Konstruktion der Reparationen obsolet machen würde.

Diese neue völkerrechtliche Methode, den Verursacher eines Krieges auszumachen und damit Wiedergutmachungszahlungen zu legitimieren (gegenüber der älteren Praxis, in Friedensverträgen die Frage nach den Ursachen auszuklammern und die Kosten dem Verlierer aufzubürden), hatte hauptsächlich zwei Ursachen: Nur die massivste und bis dato unbekannte Intensität der Propaganda, die den Gegner nicht nur als den zu Besiegenden, sondern als wahren Teufel darstellte, hatte es allen kriegsbeteiligten Staaten ermöglicht, die langanhaltende gesamtgesellschaftliche Mobilisierung für diesen ersten totalen Krieg durchzuhalten. Diese Propaganda wirkte auch nach dem Krieg noch lange auf beiden Seiten nach und legte politisch wie gesellschaftlich jeder Annäherung kaum überwindbare Hin-

³ Die in Klammern eingefügten Verweise auf die abgedruckten Quellenstücke sollen das einordnende Verständnis dieser Dokumente erleichtern. Anspruch auf Vollständigkeit wird dabei nicht erhoben. – Zum frühen deutschen Protest gegen den Kriegsschuldvorwurf vgl. auch die Ansprache Brockdorff-Rantzaus vor Vertretern der Auslandspresse vom 24. Januar 1919 (Brockdorff-Rantzaus, S. 40–43).

⁴ Zur Bedeutung der Edition der „Großen Politik der Europäischen Kabinette“ in diesem Zusammenhang vgl. etwa das Schreiben Haniels an die Reichskanzlei vom 19. November 1921 (ADAP, A V, S. 387–388).

dernisse in den Weg. Zum anderen erklärte sich die Forderung nach umfassender deutscher Wiedergutmachung aus innenpolitischen Gründen der Sieger: Lloyd George führte den unmittelbar nach Kriegsende einsetzenden britischen Wahlkampf mit der Parole „The Germans will pay“, um sein Versprechen umfassender Sozialmaßnahmen im krisengeschüttelten England glaubhaft zu machen; und in Frankreich wiegten die Politiker die durch den mehrjährigen Krieg auf französischem Boden schwer getroffene Bevölkerung in der Hoffnung, alles werde durch deutsche Zahlungen wieder auf die alte Höhe zurückgebracht. Die tatsächliche Gesamtsumme der Reparationen wurde allerdings im Vertrag nicht fixiert, sondern lediglich eine Abschlagszahlung. Die spätere Festlegung blieb den Siegermächten überlassen und somit ein dauernder Knebel, den vor allem Frankreich nutzen wollte; dort war man nämlich mit den Ergebnissen des Versailler Vertrags keinesfalls zufrieden, sondern sah die Hoffnung auf langwirkende Ausschaltung des Nachbarn und Verhinderung eines erneuten Kriegs nicht wirklich erfüllt. Neben den Reparationen dienten auch weitere Bestimmungen, etwa über besondere deutsche Exportabgaben und über einseitige Meistbegünstigungsklauseln, dem Versuch, die ausgeplünderten Kassen der europäischen Sieger, die sich selbst gegenüber dem großen Kriegsgewinner USA hatten verschulden müssen, zu füllen und einen schnellen Wiederaufstieg Deutschlands zu verhindern.

Die angesprochene Sicht nur auf die eine Seite des Friedensvertrags, die selbst Teile der Sozialdemokratie und insbesondere den ersten Ministerpräsidenten, Philipp Scheidemann, dieses Vertragswerk für unannehmbar halten ließ,⁵ verhinderte jedenfalls zunächst jegliche nüchternere Sichtweise: Mit dem Vertrag gingen zwar ca. 13 % des deutschen Territoriums verloren, darunter auch wirtschaftlich wichtige Gebiete; aber das Potential zur Großmacht mit ca. 60 Millionen Einwohnern und mit immer noch der stärksten Wirtschaftspotenz in Europa war erhalten geblieben. Die Erhaltung dieses Potentials verdankte man dabei allein der Tatsache, daß dieser Frieden dem angedeuteten Kompromiß der entscheidenden Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich entsprang. Vor allem der Nachbar Frankreich hatte weit drakonischere Ideen gehegt: Paris schwebte die Zerschlagung Deutschlands in seine Teile und die Rückführung auf den Stand von vor 1871 bzw. 1866, zumindest aber die Abtrennung des Rheinlands vor, das annektiert werden oder zu einem früher oder später zu Frankreich gravitierenden Pufferstaat umgebildet werden sollte.

Weil man davon in Deutschland nichts wußte oder nichts wissen wollte, wurden innenpolitisch Sündenböcke von jenen gesucht, die zuvor für die

⁵ Vgl. etwa dessen resümierende Passage über die Entscheidung im Mai und Juni 1919 in seinen Memoiren (Scheidemann, S. 248–251).

Siegespropaganda zuständig gewesen waren; sie wurden von ihnen gefunden bei eben den Parteien, die seit dem Frühjahr 1919 die neue Republik trugen, die sogenannte „Weimarer Koalition“ von Sozialdemokraten (SPD), links-liberaler Deutscher Demokratischer Partei (DDP) und der katholischen Partei des Zentrums. Vor allem den Sozialdemokraten galt der Vorwurf, der später als „Dolchstoßlegende“ entlarvt wurde; er wurde damals von prominenten Rechten (die sich vor allem in der republikfeindlichen Deutschnationalen Volkspartei [DNVP] organisiert hatten) erhoben und von führenden Militärs, darunter dem letzten Kriegsbefehlshaber, Paul von Hindenburg, durch ihre Aussagen geadelt: Verantwortlich für die Niederlage sei danach nicht das kaiserliche Heer gewesen, daß „im Felde unbesiegt“ geblieben sei, sondern der „Dolchstoß“ aus der Heimat in den Rücken dieses Heeres; ihn hätten linke Politiker geführt durch ihre Unterstützung von Arbeiterstreiks und vor allem in den Endtagen des Krieges bei der Meuterei der Flotte, die unmittelbar in den Sturz der Monarchie überleitete.

So verbanden sich früh das Entsetzen über den verlorenen Krieg und die Zurückweisung des als drakonisch empfundenen Friedens mit der in breiten bürgerlichen Kreisen vorhandenen Trauer über den Untergang des Kaiserreichs. Die gesellschaftliche Spaltung, ein Erbe dieses Kaiserreichs, wurde durch die – zumindest in ihrer Wirkung eher gemäßigte – Revolution vom November 1918 in die neue Republik mitübernommen, und sie wurde von vielen Rechtsliberalen und vor allem von der Rechten mit der „Schmach von Versailles“ verknüpft. Aber auch auf der Linken – jenseits der Führung der Sozialdemokratie – waren mit der Revolution keineswegs alle Blümenträume von größerer gesellschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit gereift. Somit standen von Anfang an nicht sehr viele führende Persönlichkeiten zur Verfügung, um durch ihre Identifikation mit dieser Republik den Neuanfang zu einer Erfolgsgeschichte zu machen. Ansatzweise gelang die Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung nur in den wenigen mittleren Jahren der Republik, und nicht zufällig war auch nur in dieser Zeit eine einigermaßen realistische Außenpolitik möglich.

Illusionen über die unmittelbar bindende Wirkung von Wilsons „14 Punkten“, auf die man die Siegermächte bereits durch den Waffenstillstandsvertrag verpflichtet glaubte, hegten auch die nun an die Macht gekommenen Vertreter jener Parteien, die sich seit 1917 – wenn auch ohne größere Wirkung – innenpolitisch am Ziel eines Verständigungsfriedens orientiert hatten. Selbst diese moderaten Zivilisten hatten sich anstecken lassen (oder fürchteten den Ruf des Vaterlandsverrats) und glaubten, den Entwurf des Friedensvertrags nicht widerstandslos hinnehmen zu können, der am 7. Mai 1919 dem neuen deutschen Außenminister Brockdorff-Rantzau, einem aus dem kaiserlichen Dienst zur Republik „konvertierten“ adligen Diplomaten, übergeben wurde.

Einsprüche hatten jedoch nur zu eher unwesentlichen Modifikationen des Vertragstextes geführt, und der sozialdemokratische Reichskanzler der Republik, Philipp Scheidemann, ließ sich in der Nationalversammlung zur Formulierung hinreißen, daß dessen „Hand [...] verdorren“ müsse, der diesem Frieden zustimme.⁶ Erst die Erklärung der hohen Militärs, daß angesichts der Machtverhältnisse jede Verweigerung der geforderten Unterzeichnung aussichtslos sei und nach dem Einmarsch der Sieger mit der Zerschlagung Deutschlands enden könne, führte zu der bitteren Erkenntnis: Es gab keine irgendwie realistische Alternative.

Der Erste Weltkrieg mit seinen unermesslichen Opfern wirkte als Trauma in den Gesellschaften aller beteiligten Staaten lange nach. In den Siegerstaaten konnte sich aber wenigstens die Befriedigung einstellen, ihn erfolgreich beendet zu haben. In Deutschland fehlte selbst dieses Gefühl; vielmehr machte sich eine Atmosphäre von Ohnmacht und Demütigung breit, was zur kaum erträglichen Belastung für die Republik wurde, die zeitgleich mit der Niederlage entstanden war. Alles in allem war das, was in Versailles unterzeichnet wurde, jedenfalls kein Frieden, der befriedete; nach dem – im internationalen Maßstab – ersten totalen Krieg der Weltgeschichte konnte er es wohl auch nicht sein.

Schon im Vorfeld der Unterzeichnung und dann verstärkt nach der Ratifikation des Vertrags am 10. Januar 1920 begann von deutscher Seite der Versuch, sich Teilen der Vertragserfüllung zu entziehen. Die erste Maßnahme, nämlich sich in der Frage der „Ehrenpunkte“, insbesondere der geforderten Auslieferung vermeintlicher oder tatsächlicher Kriegsverbrecher, zu widersetzen, war sogar erfolgreich: Daß die Niederlande Wilhelm II., für den die britische Propaganda schon im Krieg das „hang the Kaiser“ proklamiert hatte, nicht auslieferten, basierte zwar nicht wirklich auf deutscher Initiative, sondern ging vom Haag selbst aus; aber die Reichsregierung hatte Erfolg mit der Weigerung, die „Kriegsverbrecher“ auszuliefern (Nr. 7)⁷, und am Ende der Auseinandersetzung im Februar 1920 stand ein papierener Kompromiß, daß Deutschland selbst durch das Leipziger Reichsgericht entsprechende Untersuchungen und Gerichtsverfahren anstrengen werde – was abgesehen von einigen Prozessen und sehr wenigen Verurteilungen weitgehend folgenlos blieb.

Dieser erste Effekt mag die unmittelbar nach dem Krieg durchaus vorhandenen Ansätze im Auswärtigen Amt, bei der Reichsregierung (Nr. 3) und bei den moderateren Parteien, sich von der Außenpolitik des Wilhelminischen Reiches abzusetzen, Völkerbund und Schiedsgerichtsbarkeit zu fordern (Nr. 1–2) und sich damit durch eine klare Orientierung nach Westen (und

⁶ Ebd., S. 250.

⁷ Vgl. auch bereits den Erlaß Müllers an Saenger vom 6. Dezember 1919 (ADAP, A II, S. 455–457).

insbesondere hin zu den USA) nun auf den Boden der Tatsachen zu stellen, wieder zunichte gemacht und durch die illusorische Hoffnung ersetzt haben, man könne auch in den anderen angestrebten Revisionsaspekten schnelle Erfolge erzielen. Zuallererst zielten entsprechende Bemühungen dahin, die von den Siegern in recht zügigen Etappen geforderte Reduktion der Reichswehr *ad calendae graecas* hinauszuschieben.⁸ Dabei war diese Haltung der Reichsregierung nicht nur außenpolitisch motiviert: Schon der von den Alliierten erzwungene Abzug der noch nach dem Waffenstillstand im Baltikum verbliebenen deutschen Soldaten hatte ein weiteres großes Unruhepotential ins Reich geschwemmt; hier sahen ohnehin noch die nach der Revolution und der Demobilisierung der Weltkriegsarmee wiederholt von der Regierung gegen linke Aufstandsversuche genutzten Freikorps der Auflösung entgegen. So trug nicht zuletzt der von den Siegern in den Tagen nach dem Inkrafttreten des Versailler Vertrags im Februar 1920 ultimativ angemahnte nächste Reduktionsschritt auf 200 000 Soldaten zum Kapp-Putsch vom März 1920 bei, in dem sich rechtsextreme Kräfte zu einem überhasteten Umsturzversuch gegen die Reichsregierung zusammenschlossen. Aber als im Nachgang des innerhalb weniger Tage zusammengebrochenen Putsches die gewerkschaftlichen Forderungen nach einer stärker sozialistisch ausgerichteten Politik in lokale Aufstände im Ruhrgebiet mündeten, die Reichsregierung dagegen Truppen einsetzte – nachdem die Haltung der Reichswehr gegenüber dem rechten Umsturzversuch nicht so zweifelsfrei gewesen war – und dabei vorübergehend die Demarkationslinie des neutralisierten Gebiets überschritten wurde, reagierten die Siegermächte, vor allem Frankreich, unerbittlich; es besetzte als Sanktion das bisher jenseits des Besatzungsgebiets gelegene Frankfurt und dessen Umgebung (Nr. 8). Der Reichsregierung wurde damit unmißverständlich demonstriert, daß Vertragsverstöße, insbesondere gegen den militärischen Teil des Versailler Vertrags, selbst dann geahndet würden, wenn die Autorität Berlins andernfalls stark gefährdet wäre – die Reichswehr war also nicht einmal als Instrument zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung in allen Reichsgebieten verblieben.

Schon früh geisterte allerdings eine ganz andere Hoffnung auf Revisionschancen durch manche Köpfe, diejenige der Zusammenarbeit mit dem anderen Paria der Nachkriegsordnung, mit Sowjetrußland (und zwar vor allem und ausgerechnet bei denjenigen, die dort eigentlich politisch den Satan am Werk sahen). Was zunächst noch als vermeintliches Drohszenario zwecks Erleichterung der Vertragsbedingungen von Brockdorff-Rantzau gedacht war⁹ und angesichts der Unklarheit über die Stabilität der bolschewistischen

⁸ Vgl. etwa die Tagebucheintragung Kochs vom 12. Januar 1920 (Akten der Reichskanzlei, Bauer, S. 514–515).

⁹ Vgl. etwa dessen Aufzeichnung vom 21. Januar 1919 (ADAP, A I, S. 204–207).